



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 23. November 2012

Antworten der Landesregierung zu den Fragen der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2013 - Teil 1 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung zu den durch die FDP-Fraktion gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2013.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Monika Heinold

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	8
Kapitel:	01
Titel:	517 01
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

Ansatz Ist 2011:	80,1 T€
Ansatz Soll 2012:	75 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	75 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie ist es zu erklären, dass die Kosten für "Heizung" und "Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf" mit Null angegeben wird?

Antwort der Landesregierung:

Bei der Erläuterung zu Titel 0301-517 01 handelt es sich um eine Standarderläuterung. Die Kosten der Nummern 1 bis 3 werden zentral von der GMSH/dem Finanzministerium gezahlt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	4
Seite:	31
Kapitel:	03
Titel:	453 01
Zweckbestimmung:	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen

Ansatz Ist 2011:	5,5 T€
Ansatz Soll 2012:	50,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	100,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Mit welchem Ist wird für 2012 gerechnet?
2. Wie erklärt sich der deutliche Anstieg in 2013?

Antwort der Landesregierung:

1. Bis zum 19.11.2012 wurden 2.800 € in Anspruch genommen. Da die Zusammenlegung der Standorte Meldorf und Husum erst zum 01.10.2012 realisiert wurde, sind weitere Anträge zu erwarten.
2. Der Anstieg erklärt sich durch die Zusammenlegungen der Standorte Meldorf und Husum in Husum zum 01.10.2012 und Oldenburg und Lübeck in Lübeck zum 01.12.2013 und daraus entstehenden Trennungsgeld- und Umzugskostenvergütungsansprüchen für die zum neuen Standort wechselnden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	55
Kapitel:	07
Titel:	684 01
Zweckbestimmung:	Institutionelle Förderung von Migrantenorganisationen

Ansatz Ist 2011:	0 T€
Ansatz Soll 2012:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	240 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Organisationen sollen in welcher Höhe gefördert werden?

Antwort der Landesregierung:

Neben der institutionellen Förderung des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. in Höhe von 120 T€ ist die Förderung der Integrationsarbeit der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. ebenfalls in Höhe von 120 T€ vorgesehen. Als überregionale Migrantenorganisation hat sie eine Mittler- und Brückenfunktion zwischen Mehrheitsgesellschaft und Migrantinnen und Migranten. Die Erläuterungen des Titels 0407 - 684 01 MG 02 werden entsprechend angepasst.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	79
Kapitel:	10
Titel:	TG 62
Zweckbestimmung:	Polizei-Bigband

Ansatz Ist 2011:	1066,5 T€
Ansatz Soll 2012:	1167,5 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	990,9 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie sieht die Zukunft der Polizei-Bigband aus?

Antwort der Landesregierung:

Die Auflösungsentscheidung ist getroffen. Die vollständige Auflösung der Polizei-Bigband soll 2015 abgeschlossen sein.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	83
Kapitel:	10
Titel:	685 66
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für die Förderung ...

Ansatz Ist 2011:	7 T€
Ansatz Soll 2012:	20 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	320 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Projekte/Maßnahmen sind vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

Mit den zusätzlich in den HHE 2013 aufgenommenen Mitteln i. H. v. 300 T€ soll der von der Regierungskoalition vereinbarte Aufbau einer landesweiten Beratungsstruktur finanziert werden, um alle Regionen mit einem hinreichenden Angebot an Präventions- und Beratungsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus zu versorgen. Die Planungen zur konkreten inhaltlichen Ausgestaltung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus haben begonnen. Hierüber soll zunächst ein breit angelegter Dialog geführt werden, um eine größtmögliche Akzeptanz über parteipolitische Grenzen hinweg zu erreichen. Insoweit können zurzeit keine Angaben über potentielle Empfänger der Zuschüsse gemacht werden.

Die Förderung von Projekten außerhalb des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, für die 20 T€ zur Verfügung stehen, erfolgt ausschließlich auf Antrag.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	4
Seite:	76
Kapitel:	10
Titel:	631 01
Zweckbestimmung:	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an die Bundespolizei

Ansatz Ist 2011:	339,4 T€
Ansatz Soll 2012:	50 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	75 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welchem Ist wird für 2012 gerechnet?

Antwort der Landesregierung:

2012 ist mit Ausgaben in Höhe von 90 T€ zu rechnen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	4
Seite:	77
Kapitel:	10
Titel:	632 08
Zweckbestimmung:	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an andere Länder

Ansatz Ist 2011:	1224,4 T€
Ansatz Soll 2012:	300 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	300 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welchem Ist wird für 2012 gerechnet?

Antwort der Landesregierung:

2012 wird mit Ist-Ausgaben in Höhe von 250 T€ gerechnet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	4
Seite:	81
Kapitel:	10
Titel:	547 64
Zweckbestimmung:	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben

Ansatz Ist 2011:	2611,5 T€
Ansatz Soll 2012:	600 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	610 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welchem Ist wird für 2012 gerechnet?

Antwort der Landesregierung:

2012 wird mit Ist-Ausgaben in Höhe von 700 T€ gerechnet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	96 - 101
Kapitel:	16
Titel:	MG 04
Zweckbestimmung:	Städtebauförderung

Ansatz Ist 2011:	23.717,2 T€
Ansatz Soll 2012:	23.706,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	23.281,4 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist die Förderung durch EU-Programme bzw. wie hoch war diese in den vergangenen Jahren?

Antwort der Landesregierung:

In der MG 04 wurden zur Abwicklung der Landesmittel des Zukunftsinvestitionsprogramms Wirtschaft – ZPW, Handlungsfeld Nachhaltige Stadtentwicklung mehrere Leertitel eingerichtet (633 41/685 41/883 41/891 41/894 41). Die Veranschlagung der Landesmittel erfolgt im Kapitel 0612 – MG 17. Aufgrund der Kürzung der zur nationalen Kofinanzierung des ZPW vorgesehenen Landesmittel war es jedoch mit einer Ausnahme bisher nicht möglich, für die Projekte des Handlungsfeldes Nachhaltige Stadtentwicklung zusätzlich zu den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung – EFRE Landesmittel bereitzustellen. Daher wurden lediglich im Haushaltsjahr 2009 für ein Projekt Landesmittel von insgesamt rund 10,9 T€ über den Leertitel 0416 - 633 41 MG 04 abgewickelt (Fälligkeiten rd. 4,9 T€ im HHJ 2009, 6 T€ im HHJ 2010).

In den o.g. Ansätzen (Ist 2011, Soll 2012, Soll HHE 2013) sind lediglich die Bundes- und Landesmittel der Bund-Länderprogramme der Städtebauförderung enthalten. Haushaltsmittel zur Förderung durch EU-Programme sind im Kapitel 0416 – MG 04 derzeit nicht veranschlagt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	9
Kapitel:	01
Titel:	531 02
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit

Ansatz Ist 2011:	6,0 T€
Ansatz Soll 2012:	8,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	16,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Broschüren und welche Veranstaltungen sind für das kommende Haushaltsjahr geplant?

Antwort der Landesregierung:

Vorgesehen eine Neuauflage der Broschüre „Steuertipps für Vereine“.

Eine konkrete Planung von weiteren Broschüren und Veranstaltungen erfolgt im laufenden Haushaltsjahr.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	14
Kapitel:	02
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2011:	244,7 T€
Ansatz Soll 2012:	296,7 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	300,7 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie setzt sich der Ansatz für "Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren" zusammen?

1. Welchen Anteil haben die Fernmeldgebühren?
2. Welchen Anteil haben die Rundfunkgebühren?
 - a. Ist die Änderung der Gebühren für Rundfunkgeräte berücksichtigt?
 - b. Welche Auswirkungen hat diese Änderung?

Antwort der Landesregierung:

zu 1. Fernmeldegebühren sind in Höhe von 5.700 € mitveranschlagt, und zwar für Kosten der Mitarbeiter im Vollstreckungsaußendienst für dienstlich zur Verfügung gestellte Handys und anteilig für häusliche, auch dienstlich genutzte Faxgeräte.

zu 2. Rundfunkgebühren sind in Höhe von rd. 2.014 € mitveranschlagt.
zu a. Die Änderung der Gebühren für Rundfunkgeräte ist berücksichtigt.
zu b. Die Erhöhung gegenüber 2012 beträgt rd. 769 €.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	14
Kapitel:	02
Titel:	514 01
Zweckbestimmung:	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.

Ansatz Ist 2011:	41,9 T€
Ansatz Soll 2012:	40,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	43,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. In welchem Punkt der Erläuterungen sind die Kosten für Kraftstoffe wie Benzin oder Diesel enthalten?
2. Welcher Anteil der unter den Erläuterungen aufgeführten Positionen entfällt auf die Leasingfahrzeuge und wieviele sind dies?
3. Wie viele Fahrzeuge sind im Bestand?

Antwort der Landesregierung:

zu 1. Die Kosten für Kraftstoffe wie Benzin oder Diesel sind im Unterteil 1 (Haltung von Dienstfahrzeugen) enthalten.

zu 2. Die veranschlagten Teilansätze entfallen auf Leasing-Dienstfahrzeuge mit
19.800 € im Unterteil 1
26.300 € im Unterteil 2
2.520 € im Unterteil 3
Die Anzahl der Leasing-Dienstfahrzeuge beträgt 15.

zu 3. Im Bestand sind 17 Dienstfahrzeuge (Leasing: 15, verwaltungseigen: 2).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	18
Kapitel:	05
Titel:	119 99
Zweckbestimmung:	Vermischte Einnahmen

Ansatz Ist 2011:	31,3 T€
Ansatz Soll 2012:	9,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	20,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Einnahmen sind dies? Und mit welcher jeweiligen Steigerung wird gerechnet?

Antwort der Landesregierung:

Die Einnahmen entfallen in der Hauptsache auf Schadensersatzleistungen aus einem Einzelfall. Die Einnahmeentwicklung ist nicht abschätzbar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	22
Kapitel:	05
Titel:	525 02
Zweckbestimmung:	Fortbildungskosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten

Ansatz Ist 2011:	357,2 T€
Ansatz Soll 2012:	350,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	628,7 T€

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none">1. Welchen Anteil haben insgesamt die Reisekosten?2. Welcher Anteil hat das Projekt "Steuerverwaltung 2020" an den Fortbildungskosten, und welchen Anteil an den Reisekosten?
--

Antwort der Landesregierung:

<p>zu 1. Die Reisekosten haben insgesamt einen Anteil in Höhe von 258,2 T€</p> <p>zu 2. Das Projekt „Steuerverwaltung 2020“ hat einen Anteil in Höhe von 234,0 T€ an den Fortbildungskosten und an den Reisekosten einen Anteil in Höhe von 120,0 T€.</p>

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	23
Kapitel:	05
Titel:	527 01
Zweckbestimmung:	Dienstreisen

Ansatz Ist 2011:	718,2 T€
Ansatz Soll 2012:	844,8 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	907,2 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist der Anteil des Projektes "Steuerverwaltung 2020" an den Dienstreisen?

Antwort der Landesregierung:

Der Anteil des Projektes "Steuerverwaltung 2020" an den Dienstreisen beträgt 50,0 T€.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	24
Kapitel:	05
Titel:	632 01
Zweckbestimmung:	Sonstige Zuweisungen an das Land Mecklenburg-Vorpommern

Ansatz Ist 2011:	44,5 T€
Ansatz Soll 2012:	450,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	580,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie kommt es zu diesem Anstieg?
2. Welche Abrechnungen der Vorjahre stehen noch aus?
3. Wie hoch sind diese voraussichtlich?
4. Wie hoch sind im Gegenzug die erwarteten Einnahmen im Jahr 2012, 2013 und wie hoch waren die Einnahmen im Jahr 2011?

Antwort der Landesregierung:

1. Die Abschlagzahlungen für die Jahre 2009 bis 2011 wurden vorläufig nach dem Königsteiner Schlüssel bemessen. Die vorläufige Abrechnung für 2009 ergab in 2010 eine geringfügige Erstattung. Die vorläufige Abrechnung für 2010 auf Grundlage der KLR-Ergebnisse Mecklenburg-Vorpommerns führte in 2011 zu einer erheblichen Erstattung in Höhe von rd. 206,4 T€ und zu einer Herabsetzung der Abschlagzahlungen ab Mai 2011. Aufgrund dessen sind für 2010 und 2011 geringere Ist-Ausgaben zu verzeichnen.

Für die in 2012 erstellten endgültigen Jahresabrechnungen beträgt der endgültig ermittelte Zerlegungsschlüssel 3,6915 % gegenüber dem vorläufigen Schlüssel von 1,93 %. Hieraus resultieren die für die Jahre 2009 bis 2011 errechneten, nicht vorherseh-baren Nachzahlungen in Höhe von zusammen rd. 284,7 T€ für die Jahre 2009 bis 2011. Die ab Mai 2012 zu leistenden Abschlagzahlungen wurden aufgrund dessen nach oben angepasst.

Das Soll 2013 wurde auf Grundlage der Jahresabrechnung für 2011 unter Berücksichtigung einer vorsichtig geschätzten Steigerung (2%) sowie einer etwaigen Nachzahlung für 2012 (geschätzt 50,0 T€) veranschlagt.

2. Es steht noch die Abrechnung für das Jahr 2012 aus.
3. Aus der Jahresabrechnung für 2012 wird nach vorsichtigen Berechnungen eine Nachzahlung in Höhe von 50.000 €, fällig 2013, erwartet.
4. Die Einnahmen/Jahresaufkommen*) der Jahre 2012 und 2013 werden in folgender Höhe erwartet:

2012: 2.087,9 T€ (Hochrechnung nach den Einnahmen Januar bis Oktober)

2013: 2.087,9 T€ (geschätzt wie 2012)

Die Einnahmen im Jahr 2011 betragen 995,7 T€

*) Von den Jahresaufkommen entfallen auf den Bund 42,5 %, das Land 42,5 % und auf die Kommunen 15,0 %.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	27
Kapitel:	05
Titel:	518 94
Zweckbestimmung:	Leasingraten für Kraftfahrzeuge

Ansatz Ist 2011:	5,3 T€
Ansatz Soll 2012:	8,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	9,4 T€

Frage/Sachverhalt:

Wieviele Kraftfahrzeuge werden/sind geleast?

Antwort der Landesregierung:

Für 2013 ist das Leasing von 3 Dienstfahrzeugen vorgesehen (Bestand 1.11.2012: 2).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	24
Kapitel:	05
Titel:	535 02
Zweckbestimmung:	Kosten des Zahlungsverkehrs

Ansatz Ist 2011:	316,5 T€
Ansatz Soll 2012:	370,6 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	396,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Über welche Bank/Banken wird der Zahlungsverkehr abgewickelt? Wird diese Dienstleistung ausgeschrieben und wenn ja, wann ist die nächste Ausschreibung vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

Jede Finanzkasse/Erhebungsstelle der 17 Finanzämter und ihrer Außenstellen im Bereich der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein führt jeweils 4 Konten. Ein Konto bei der Deutschen Bundesbank, ein Konto bei einem örtlichen Kreditinstitut (Sparkasse oder Volksbank), ein Konto bei der Postbank und ein Konto bei der HSH Nordbank AG.

Die Geschäftsbeziehungen zwischen den Finanzämtern und den Geldinstituten bestehen seit Jahren, die letzte Ausschreibung datiert aus dem Jahr 2003. Zurzeit sind keine Ausschreibungen vorgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	30
Kapitel:	06
Titel:	124 01
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und Nutzung

Ansatz Ist 2011:	271,5 T€
Ansatz Soll 2012:	278,2 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	231,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wieviele qm der Grundstücksfläche sind bebaut?
Wie groß ist die Nutzfläche der bebauten Fläche in qm?

Antwort der Landesregierung:

Von den 204 verwaltungseigenen Liegenschaften mit insgesamt 397.988 qm Grundstücksfläche entfallen 143 Liegenschaften auf Erbbaugrundstücke mit 317.106 qm Grundstücksfläche.

Zu den Erbbaugrundstücken liegen keine Angaben über bebaute Grundstücksflächen und Nutzflächen vor (kein Landeseigentum).

Für die 61 anderen verwaltungseigenen Liegenschaften beträgt die Grundstücksfläche 80.882 qm, die bebaute Fläche 897 qm und die Nutzfläche der bebauten Fläche 1.440 qm.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	32
Kapitel:	06
Titel:	428 01
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2011:	646,5 T€
Ansatz Soll 2012:	784,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	584,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der starke Rückgang?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz wurde aufgrund der Ist-Entwicklung angepasst. Es wurden 200.000 € nach Titel 0507 – 428 01 (Bezügezahlungen) umgesetzt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	52
Kapitel:	07
Titel:	Anlage
Zweckbestimmung:	Zusätzliche Erläuterungen für den Aufgabenbereich: Bezügezahlung

Ansatz Ist 2011:	-
Ansatz Soll 2012:	-
Ansatz Soll HHE 2013:	-

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich unter dem Punkt "Besoldung" dass die Anzahl der Besoldungsempfänger IST 2011 und SOLL 2013 identisch ist?

Antwort der Landesregierung:

Für 2013 wurde vorerst das Ist 2011 übernommen. Die Ist-Zahlen 2012 (Kopfzahl, keine VZÄ) liegen voraussichtlich in der ersten Januarwoche 2013 vor.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	9
Seite:	70
Kapitel:	11
Titel:	124 61
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung

Ansatz Ist 2011:	73,6 T€
Ansatz Soll 2012:	75,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	73,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. An wen wird vermietet? / 2. Wie hoch ist Kalt- / Warmmiete für jeden Vermieter (insgesamt und pro Quadratmeter)? / 3. Wie hoch sind die ortsüblichen Mieten? / 4. Von wem mietet das Land das Gebäude und welche Kalt- und Warmmiete hat das Land zu zahlen? / 5. Warum werden die Büro und Veranstaltungsräume (748 qm) nicht vermietet?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Mieter sind die Freie und Hansestadt Bremen, NorthNorway European Office und North Finland European Office

Zu Frage 2:

Mieter	m ² -Zahl	Preis/m ²	Kaltmiete/Monat	Kaltmiete/Jahr
Freie und Hansestadt Bremen	59 m ²	11,6 €	684,44 €	8.213,38 €
NorthNorway European Office	86,31 m ²	19,9 €	1.717,61 €	20.611,32 €
North Finland European Office	122,63 m ²	18,99 €	2.329,00 €	27.948,00 €
Hanse-Office	72 m ²	19,00 €		16.427,28 €
Gesamt				73.199,98 €

Es wird keine Warmmiete im herkömmlichen Sinn errechnet; es erfolgt im Januar des jeweiligen Folgejahres eine Abrechnung der gemeinsamen Gesamtkosten, die nach Quadratmetern umgelegt wird. Die Kosten pro Mieter/qm sind daher von Jahr zu Jahr unterschiedlich. Der Gesamtansatz der Einnahmen (Euro 73.000) ergibt sich aus der Addition der Kaltmieten und der Provisionen, die die Mieter monatlich für die Gesamtkosten entrichten:

North Finland : Euro 2329,00 + Pauschale von Euro 650,00 = 2979,00

NorthNorway: Euro 1717,61 + Pauschale von Euro 475,00 = 2192,61

FH Bremen: Euro 684,44 + Pauschale von Euro 170,00 = 854,44

Zu Frage 3:

Aktuelle Erkenntnisse liegen hier nicht vor. Zum Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse wurden die damaligen Brüsseler Mietpreise für Büroflächen in vergleichbarer Lage zu Grunde gelegt.

Zu Frage 4:

Das Hanse-Office hat die beiden Bürohäuser von der HSH Nordbank zu den folgenden Konditionen angemietet:

Liegenschaft	Kaltmiete/ m ²	Kaltmiete/Monat	Kaltmiete/Jahr
für Haus 20, Avenue Palmerston	19,39 €	14.500 €	174.000,00 €
für Haus 24, Avenue Palmerston	unterschiedliche s. Frage 2	6.100 €	73 200,00€

Es wird keine Warmmiete im herkömmlichen Sinn errechnet; es erfolgt im Januar des jeweiligen Folgejahres eine Abrechnung der gemeinsamen Gesamtkosten, die nach Quadratmetern umgelegt wird.

Zu Frage 5:

Die Veranstaltungsräume in Haus 20 betragen insgesamt etwa 140m²; die weiteren Quadratmeter beziehen sich auf Büros, Teeküchen, Sanitäräumlichkeiten, Korridore usw. Das Hanse-Office hat insbesondere aus steuerrechtlichen Gründen von einer Vermietung dieser Räumlichkeiten auf gewerblicher Basis abgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	9
Seite:	71
Kapitel:	11
Titel:	632 02
Zweckbestimmung:	Landesanteil an den Kosten für die Errichtung und Unterhaltung von ständigen Repräsentanzen im Ostseeraum

Ansatz Ist 2011:	80,4 T€
Ansatz Soll 2012:	97,7 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	85,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Repräsentanzen erhalten in welcher Höhe Zuschüsse (jeweils für das Jahr 2012 und 2013 ausweisen)?

Antwort der Landesregierung:

Die Schleswig-Holstein Büros und Hanse-Offices im Ostseeraum erhalten Zuschüsse für die Deckung der Personal-, Sach- und Mietkosten. Dabei wird im Fall des Hansebüros Kaliningrad / Schleswig-Holstein Informationsbüro die Miete direkt mit dem Vermieter beglichen. Die Kosten des Hanse-Office St. Petersburg tragen Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Der Stellenanteil in den Schleswig-Holstein Büros in den baltischen Staaten wurde zum 1.1.2012 um die Hälfte auf je ¼ reduziert. Der Zuschuss für das Hanse-Office Danzig deckt die Gehaltskosten des Büroleiters und einer Sachbearbeiterin nur anteilig. Die Zuschüsse betragen im Einzelnen:

2012

Hansebüro Kaliningrad / Schleswig-Holstein Informationsbüro	39.508,67 €
Schleswig-Holstein Büros in Estland/Lettland/Litauen	17.750,00 €
Hanse-Office Danzig	21.780,00 €

2013 (derzeitiger Planungsstand)

Hansebüro Kaliningrad / Schleswig-Holstein Informationsbüro	44.008,00 €
Schleswig-Holstein Büros in Estland/Lettland/Litauen	18.500,00 €
Hanse-Office Danzig	22.492,00 €

Die Wirtschaftspläne für 2013 der einzelnen Repräsentanzen befinden sich derzeit noch in der Abstimmung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	9
Seite:	72
Kapitel:	11
Titel:	671 02
Zweckbestimmung:	Mittel zur Finanzierung von schleswig-holsteinischen Projekten im Rahmen der Programme INTERREG B und INTERREG C sowie der politischen Kooperation "STRING" und der regionalen Partnerschaften im Ostseeraum

Ansatz Ist 2011:	51,8 T€
Ansatz Soll 2012:	52,3 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	56,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen werden aus diesem Titel gefördert (bitte jeweils für die Jahre 2012 und 2013 angeben)?

Antwort der Landesregierung:

Mit der Richtlinie zur Förderung von schleswig-holsteinischen Projekten im Ostsee- und Nordseeraum (INTERREG-, STRING- und Ostseekooperationsrichtlinie) sollen schleswig-holsteinische Akteure unterstützt werden, entsprechende Kooperationsprojekte zu entwickeln und/oder sich an diesen aktiv zu beteiligen. Die Förderung konzentriert sich auf die folgenden drei Kooperationsbereiche, die im erheblichen europapolitischen Interesse des Landes liegen:

- Beteiligung von schleswig-holsteinischen Akteuren an den beiden INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogrammen und am INTERREG C Programm;
 - Umsetzung der Ziele der politischen Kooperation „STRING“
- und
- Erhalt und Pflege der im Ostseeraum bestehenden regionalen Partnerschaften des Landes.

Im Rahmen des Kooperationsbereiches der Beteiligung von schleswig-holsteinischen Akteuren an den INTERREG-Programmen können sowohl Vorbereitungskosten (sog. Anschubfinanzierung) als auch die Kofinanzierung des Eigenanteils von Projekten gefördert werden.

Im Jahr 2012 werden folgende Projekte aus diesem Titel gefördert:

Projekt	Institution	Kooperationsbereich
Dokumentarfilmtage Kaliningrad	Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein	Partnerschaften Ostsee
Projektanbahnung Kaliningrad	Schleswig-Holsteinischer Verband für soziale Strafrechtspflege - Straffälligenhilfe und Opferhilfe e.V.	Partnerschaften Ostsee
E-Inclusion in ageing Europe (iAge)	Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein	INTERREG IV B Nordsee
Accessibility for Shipping, Efficiency, Advantages and Sustainability (ACCSEAS)	Fachhochschule Flensburg	INTERREG IV B Nordsee
Hybrid (Freight) Sailing: Sustainable Approaches and Innovative Liaisons (SAIL)	Helmholtz Zentrum Geesthacht	INTERREG IV B Nordsee
Baltic Metropolises Accelerating Branding and Identity Building of the Baltic Sea Region (ONE BSR)	Nordkolleg Rendsburg	INTERREG IVB Ostsee
The Strategic Project on Trans-national Commercial Activities in Research & Innovation, Clusters and in SME-Networks (StarDust)	Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	INTERREG IV B Ostsee
Schleswig-Holstein-Anteil STRING Sekretariat für 2012 ¹	Region Seeland, Dänemark	STRING

Für 2013 liegen bereits diverse Anfragen für alle Förderschwerpunkte vor. In 2014 beginnt die neue INTERREG-Förderperiode. Alle INTERREG- Programme, an denen Schleswig-Holstein beteiligt ist, sollen auch in Zukunft fortgeführt und nach den Vorschlägen der Europäischen Kommission sogar finanziell gestärkt werden. Somit ist auch mit einer vermehrten Nachfrage in Bezug auf die vorliegende Richtlinie seitens schleswig-holsteinischer Projektträger zu rechnen. Für die Partnerschaft mit dem Kaliningrader Gebiet werden ein bis zwei Förderanträgen aus dem Bereich berufliche Ausbildung und Zusammenarbeit Crossmedia erwartet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	9
Seite:	72
Kapitel:	11
Titel:	676 01
Zweckbestimmung:	Kostenanteil für das Gemeinsame Sekretariat der "STRING"-Kooperation

Ansatz Ist 2011:	0,0 T€
Ansatz Soll 2012:	0,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	74,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum fallen diese Kosten neu an?

Antwort der Landesregierung:

Zum 1. August 2011 haben die STRING-Regionen ein hauptamtliches Sekretariat für die Kooperation und ihre Aktivitäten mit Sitz in Sorø (Region Sjælland, Dänemark) eingerichtet. Die STRING-Partner tragen die Kosten des Sekretariates zu je einem Fünftel. Über die Errichtung und Finanzierung des STRING-Sekretariates wurde eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen, die eine anteilige Finanzierung durch das Land Schleswig-Holstein bis zum 31. Juli 2014 vorsieht.

Im HH 2011/ 2012 waren im Titel 0911- 671 02 insgesamt 130,5 T€ jährlich veranschlagt. Darin enthalten war der Kostenanteil für das Sekretariat (74,0 T€). Zur Haushaltsklarheit wurden zum HH 2013 dieser Kostenanteil für das Sekretariat in den neu ausgebrachten Titel 676 01 übertragen. Diese Übertragung konnte aus technischen Gründen nicht abgebildet werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	9
Seite:	16
Kapitel:	02
Titel:	428 04
Zweckbestimmung:	Ausbildungsentgelte der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare

Ansatz Ist 2011:	10.428,2 T€
Ansatz Soll 2012:	12.580,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	11.212,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welchem Ist wird für 2012 gerechnet?

Antwort der Landesregierung:

Für das Jahr 2012 wird von einem hochgerechneten Ist in Höhe von 10.400,0 T€ ausgegangen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die aus diesem Titel ebenfalls gezahlten Beträge für die Nachversicherung der aus dem Landesdienst ausgeschiedenen Referendare/-innen nicht präzise vorhergesagt werden kann und das tatsächliche Ist möglicherweise oberhalb des Hochrechnungsergebnisses liegen wird.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	39
Kapitel:	03
Titel:	534 61
Zweckbestimmung:	Vergütungen für PastorInnen, OrganistInnen und FrisörInnen

Ansatz Ist 2011:	90,8 T€
Ansatz Soll 2012:	92,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	95,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wir bitten um die Aufschlüsselung der konkreten Kosten aus den beiden Vorjahren.

Antwort der Landesregierung:

In den beiden Vorjahren sind folgende Ausgaben angefallen:

	2010	2011
Frisöre und Frisörinnen	29.923 €	31.188 €
Pastoren und Pastorinnen	51.130 €	51.130 €
Organisten und Organistinnen	12.756 €	8.484 €
gesamt	93.809 €	90.802 €

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	39
Kapitel:	03
Titel:	536 61
Zweckbestimmung:	Gesundheitsfürsorge für Gefangene

Ansatz Ist 2011:	1.770,3 T€
Ansatz Soll 2012:	2.500,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	2.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Der Landesrechnungshof hat ihn seinen Bemerkungen kritisiert, dass Gefangene unabhängig von ihrer Einkommens-/Vermögenssituation bei der Gesundheitsfürsorge keine Eigenleistungen beitragen müssen. Ist eine Änderung dieser Praxis vorgesehen? Wenn nein, warum?

Antwort der Landesregierung:

Es wird geprüft, eine über die bestehenden Regelungen hinausgehende Beteiligung der Gefangenen an den Kosten der Gesundheitsfürsorge eine Rechtgrundlage in einem Landesstrafvollzugsgesetz zu schaffen.
Demnach könnten die Gefangenen im angemessenen Umfang an den Kosten beteiligt werden, höchstens bis zum Umfang der Beteiligung vergleichbarer gesetzlich Versicherter.
Eine Entscheidung der Landesregierung bleibt abzuwarten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	9
Seite:	31
Kapitel:	03
Titel:	422 03
Zweckbestimmung:	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst

Ansatz Ist 2011:	774,8 T€
Ansatz Soll 2012:	1280 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1200 T€

Frage/Sachverhalt:

Mit welchem Ist wird für 2012 gerechnet?

Antwort der Landesregierung:

Für das Haushaltsjahr 2012 wird mit Ausgaben in Höhe von ca. 700,0 T€ gerechnet.

Für das HH-Jahr 2013 wird mit einer höheren Auslastung der zur Verfügung stehenden Anwärterstellen geplant.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	9
Seite:	31
Kapitel:	03
Titel:	422 01
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	28.524,3 T€
Ansatz Soll 2012:	27.790,1 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	28.230,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie stellt sich der Mehrbedarf hinsichtlich der Neuausrichtung der Sicherungsverwahrung konkret dar? Welche Stellen werden wo besetzt?

Antwort der Landesregierung:

Für die Neuausrichtung der Sicherungsverwahrung sowie die Unterbringung und Betreuung von Strafgefangenen mit angeordneter und vorbehaltener Sicherungsverwahrungen sind im HHE 2013 rd. 1,0 Mio € veranschlagt worden (Hinweis auch auf Tit. 0903 – 632 04 und Tit. 0903- 537 61 TG 61).

Für die intensive Betreuung von Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung wurden zwei Stellen für Psychologinnen/Psychologen (BesGr. A 13 LG2.2) und eine Stelle für eine Sozialarbeiterin bzw. einen Sozialarbeiter (BesGr. A 11) ausgebracht. Die Fachkräfte werden in der Justizvollzugsanstalt Lübeck eingesetzt, da dort diese Gefangenengruppe untergebracht ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	9
Seite:	39
Kapitel:	03
Titel:	537 61
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Therapiemaßnahmen im Vollzug und für externe Fachkräfte im Bereich der Schuldnerberatung

Ansatz Ist 2011:	1.129,0 T€
Ansatz Soll 2012:	1.145,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1.210,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit ist die Neuausrichtung der Sicherungsverwahrung für den Mehrbedarf verantwortlich?
--

Antwort der Landesregierung:

Der Mehrbedarf aufgrund der Neuausrichtung der Sicherungsverwahrung beträgt 60,0 T€ für Therapiemaßnahmen und Gutachten.
--

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	9
Seite:	43
Kapitel:	04
Titel:	422 01
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Richterinnen und Richter

Ansatz Ist 2011:	4.092,8 T€
Ansatz Soll 2012:	4.405,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	3.830,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie viele Stellen werden in 2013 abgebaut?
2. Wie hoch ist der erwartete Ist-Wert für 2012?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.

Im Zusammenhang mit der Realisierung der Vorgaben zum Personaleinsparkonzept 2020 werden 3 Planstellen der BesGr. R 1 (Richter/-innen am Verwaltungsgericht) im Jahr 2013 abgebaut.

Zu 2.

Auf Grundlage der aktuellen Personalkostenhochrechnung (11/2012) wird in 2012 ein Ist in Höhe von rd. 3.930,0 T€ erwartet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	9
Seite:	43
Kapitel:	04
Titel:	428 01
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2011:	1.548,3 T€
Ansatz Soll 2012:	1.900,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1.785,0 T€

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none">1. Wie viele Stellen werden in 2013 abgebaut?2. Wie hoch ist der erwartete Ist-Wert für 2012?
--

Antwort der Landesregierung:

<p><u>Zu 1.</u> Im Zusammenhang mit der Realisierung der Vorgaben zum Personaleinsparkonzept 2020 werden 2 Stellen der Entgeltgruppe E6 und 1 Stelle der Entgeltgruppe E5 (Beschäftigte) im Jahr 2013 abgebaut.</p> <p><u>Zu 2.</u> Auf Grundlage der aktuellen Personalkostenhochrechnung (11/2012) wird in 2012 ein Ist in Höhe von rd. 1.558,5 T€ erwartet.</p> <p>Die Veranschlagung 2013 erfolgt im Hinblick auf die künftig erwartete Stellenbesetzung.</p>

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	71
Kapitel:	11
Titel:	541 02
Zweckbestimmung:	Aufwendungen für die Pflege und die Entwicklung ... mit Pays de la Loire

Ansatz Ist 2011:	38,7 T€
Ansatz Soll 2012:	62,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	62,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Maßnahmen und Projekte werden aus diesem Einzeltitel finanziert?

Antwort der Landesregierung:

Aus dem Titel werden Sachausgaben für folgende Maßnahmen finanziert:

1. Pflege der regionalen Partnerschaften des Landes im Ostsee- und im Nordseeraum (Kaliningrad, West Finland Alliance, Eastern Norway County Network, Wojewodschaft Pomorskie, Baltische Staaten) sowie mit Pays de la Loire aus Anlass von Besuchen ausländischer Delegationen in Schleswig-Holstein sowie von Besuchen schleswig-holsteinischer Delegationen im Ausland
2. Durchführung von Konferenzen und Workshops, insbesondere Erstellung von Informationsmaterial, Raummieten, Druck von Broschüren und Berichten (z. B. Ostseebericht, Partnerschaftsjubiläen).
3. Weiterentwicklung der thematischen Schwerpunkte der Landesregierung im Bereich der Ostsee- und Nordseekooperation, inklusive Ausgaben für die Erstellung externer Gutachten und Studien (z. B. im Rahmen von INTERREG-Kooperationsräumen)

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	81 f.
Kapitel:	40
Titel:	685 21
Zweckbestimmung:	Zuschuss für den laufenden Betrieb der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf

Ansatz Ist 2011:	5.350,0 T€
Ansatz Soll 2012:	5.350,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	5.915,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Besucherzahlen wurden für den Ansatz 2013 zugrunde gelegt?

Antwort der Landesregierung:

Für den Ansatz 2013 wurden die Besucherzahlen von 2011 zugrunde gelegt:

Besucherzahlen	2011
Schloss Gottorf	122.297
Globushaus	14.456
Wikinger Museum Haithabu	146.053
Volkskunde Museum	18.471
Jüdisches Museum Rendsburg	4.956
Kloster Cismar	3.402
Gottorfer Barockgarten	33.759
Eisen Kunst Guss Museum)*	0

)* geschlossen wegen Grundinstandsetzung

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	82
Kapitel:	40
Titel:	893 21
Zweckbestimmung:	Zuschuss für Investitionen der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf

Ansatz Ist 2011:	650,0 T€
Ansatz Soll 2012:	385,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	785,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie kommt es zu den unterschiedlichen Ansätzen für das Jahr 2012 im Entwurf für das Haushaltsjahr 2013 und im aktuellen Haushaltsplan?
2. Welche Baumaßnahmen sind für das kommende Jahr geplant?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Der Haushaltsansatz im Jahr 2012 beträgt tatsächlich 585,0 T€ (s.a. HH-Plan 2012) und wurde auch entsprechend bewilligt. Der im HHE 2013 nachrichtlich ausgewiesene Ansatz 2012 berücksichtigt eine im HH-Vollzug vorgenommene Übertragung nach § 24 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2011/2012, jedoch nicht die entsprechende Verstärkung aus Mitteln des Investitionsprogramms Kulturelles Erbe.

Zu Frage 2:

Der Zuschuss für Investitionen dient der Bauunterhaltung auf der gesamten Schlossinsel zum Erhalt der historischen Anlage. In 2013 sind Instandsetzungsmaßnahmen, u.a. bei Fenstern und Türen, im Bereich der maschinellen Ausstattung sowie der weiteren Klimatisierung vorgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	88
Kapitel:	40
Titel:	684 41
Zweckbestimmung:	Zuwendungen für die Förderung der Gedenkstättenarbeit

Ansatz Ist 2011:	40,0 T€
Ansatz Soll 2012:	83,5 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	120,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Für welche Projekte stehen Bundesmittel als Kofinanzierung zur Verfügung?
2. Wie hoch ist der Kofinanzierungsanteil in Summe und Prozent bei den jeweiligen Projekten?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Grundsätzlich stehen für S-H keine Bundesmittel zur Verfügung. Vielmehr muss das Land aussagekräftige Anträge beim Bund einreichen, die dann von einem Expertengremium des Bundes nach einem Kriterienkatalog beraten und anschl. vom BKM bewilligt werden.

Zu Frage 2:

Die Kriterien einer Gedenkstättenförderung beim Bund sehen u.a. eine finanzielle Beteiligung des Sitzlandes mit mindestens 50 % an dem Vorhaben vor.

Der Förderbedarf kann erst dann genauer benannt werden, wenn die derzeit in der Bearbeitung befindlichen Projektanträge präziser definiert wurden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	89
Kapitel:	40
Titel:	684 44
Zweckbestimmung:	Projektförderung der Heimatpflege

Ansatz Ist 2011:	67,9 T€
Ansatz Soll 2012:	0,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Projekte werden eingestellt?
2. Werden Projekte unter anderen Titeln fortgeführt? Wenn ja, unter welchen?
3. Welche Projekte wurden in den Jahren 2011 und 2012 gefördert?
4. Wie kommt es zu den unterschiedlichen Ansätzen für das Jahr 2012 im Entwurf für das Haushaltsjahr 2013 und im aktuellen Haushaltsplan?

Antwort der Landesregierung:

Bisher wurden Projekte insbesondere zur Stärkung des Niederdeutschen, der Landesgeschichte und der Gedenkstättenarbeit gefördert. Die Förderung der Niederdeutschen Sprache wird geleistet durch die Zuwendung an den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (Tit. 0940-68443). Die Gedenkstättenarbeit wird fortgesetzt im Tit. 0940-68441.

Die Projektförderung der Jahre 2011 und 2012 umfasste folgende Vorhaben: Bevensen-Tagung, Jahrbuch des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung, Kinder- und Jugendseminare des SHHB, Erwachsenenseminare des SHHB, Theaterwerkstatt und Regiewerkstatt im Jugendhof Scheersberg.

Mit dem HHE 2013 wurde das Soll 2013 in Höhe von 43,5 T€ nach Tit. 0940-684 41 MG 11 „Zuwendungen für die Förderung der Gedenkstättenarbeit übertragen. (s. a. Erläuterung im HHE 2013). Dabei wurde nachrichtlich auch das Soll 2012 entsprechend abgebildet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	90
Kapitel:	40
Titel:	684 48
Zweckbestimmung:	Zuwendungen zur Förderung von ostseebezogenen Projekten

Ansatz Ist 2011:	94,5 T€
Ansatz Soll 2012:	70,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	120,0 T€

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none">1. Wie waren die Besucherzahlen der geförderten Veranstaltungen im letzten Jahr?2. Wie hoch ist die Förderung von Projekten außerhalb Schleswig-Holsteins und wo finden diese Projekte statt?
--

Antwort der Landesregierung:

Zu 1: Besucherzahlen für Folk Baltica	5.500 Personen
Jazz Baltica	8.500 Personen
„Connecting“, Kunsthandwerk auf Reisen	3.500 Personen
Zu 2. Mit dem Ansatz 2013 werden Kooperationsprojekte mit Partnern im Ostseeraum, wie z.B. Dänemark (Folk Baltica Festival und Neue Kulturregion) gefördert. Sie werden überwiegend in Schleswig-Holstein und auch in dem jeweiligen Partnerland stattfinden.	

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	90
Kapitel:	40
Titel:	684 52
Zweckbestimmung:	Zuwendungen an deutsch-ausländische Kultureinrichtungen

Ansatz Ist 2011:	48,5 T€
Ansatz Soll 2012:	39,3 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	39,3 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist die Förderung des Centre Culturel Français?

Antwort der Landesregierung:

Für das Centre Culturel Français sind 24.300 € veranschlagt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	117
Kapitel:	45
Titel:	427 01
Zweckbestimmung:	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte

Ansatz Ist 2011:	0,0 T€
Ansatz Soll 2012:	1,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	51,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie setzt sich der erwartete Mehrbedarf zusammen?

Antwort der Landesregierung:

Es ist geplant, zusätzliche Kräfte (max. 2) in 2013 für die Nachinventarisierung der zur Eintragung vorgesehenen Kulturdenkmale (mit einem Schwerpunkt auf Garten- und Parkanlagen) einzusetzen.
Dieses ist wegen des im Januar 2012 in Kraft getretenen Denkmalschutzgesetzes erforderlich.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	6
Kapitel:	01
Titel:	099 01
Zweckbestimmung:	Glücksspielabgabe

Ansatz Ist 2011:	0 T€
Ansatz Soll 2012:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum ist der Ansatz hier Null?

Antwort der Landesregierung:

Die Glücksspielabgabe wird auf der Grundlage des Schleswig-Holsteinischen Glücksspielgesetzes erhoben. Seit dem 01.07.2012 gilt ein neues Rennwett- und Lotteriegesetz des Bundes, das alle Sportwetten der Steuerpflicht unterwirft. Damit entfällt die Abgabepflicht nach dem Glücksspielgesetz für die Sportwetten. Übrig bleiben nach dem jetzigen Stand lediglich Wetten, die keine Sportwetten sind und Online-Casinospiele. Zur Zeit wird ein Gesetzentwurf der Regierungsfractionen mit dem Ziel der Aufhebung in fast allen Teilen des Glücksspielgesetzes beraten. Die Höhe der Glücksspielabgabe kann daher nicht quantifiziert werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	15
Kapitel:	02
Titel:	633 01
Zweckbestimmung:	Besondere Landeszuweisungen zur Förderung von Kindern unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege

Ansatz Ist 2011:	0 T€
Ansatz Soll 2012:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	15000 T€

Frage/Sachverhalt:

Ist für die Inanspruchnahme der Zuweisung eine Kofinanzierung notwendig?

Antwort der Landesregierung:

Nein. Das Land gewährt den Kommunen zu ihrer Entlastung zusätzliche Mittel bei der Betriebskostenförderung für Kinder unter drei Jahren. Im Jahr 2013 stehen hierfür zusätzlich 15 Mio. € zur Verfügung. Die Einzelheiten der Förderung sind derzeit Gegenstand von Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	17
Kapitel:	02
Titel:	633 24
Zweckbestimmung:	Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen

Ansatz Ist 2011:	4 268,3
Ansatz Soll 2012:	4 800
Ansatz Soll HHE 2013:	5 353

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sind im Jahr 2012 in welcher Höhe gefördert worden? / 2. Welche Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sollen im Jahr 2013 in welcher Höhe gefördert werden? / 3. Für welche Maßnahmen sollen die zusätzlich bereitgestellten Mittel im Jahr 2013 aufgewendet werden?

Antwort der Landesregierung:

1.:			
Kreisfreie Stadt/ Kreis	Institution		Zuwendungs- summen
			2012
	Frauenberatungsstelle	Kiel donna klara	32.000
	Frauenberatungsstelle	Kiel Mettenhof	32.000
Kiel	Frauenberatungsstelle	Kiel Notruf	33.000
	KIK (Kooperations- u. Interventionskonzept bei häusl. Gewalt)	KIK	14.000
	Frauenhaus		327.370

Lübeck	Frauenberatungsstelle	Lübeck ARANAT	32.000
	Frauenberatungsstelle	Lübeck BIFF	32.000
	Frauenberatungsstelle	Lübeck Notruf	33.000
	KIK	KIK	14.000
	AWO	neue Wege	0
	Frauenhaus	Frauenhaus AWO	0
	Frauenhaus	Frauenhaus autonom	480.510
Flensburg	Frauenberatungsstelle	Notruf Flensburg	40.000
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus		278.030
Schleswig- Flensburg	Frauenberatungsstelle	Schleswig	0
	Frauenberatungsstelle	Kappeln	50.000
	KIK	KIK	14.000
Neumünster	Frauenberatungsstelle	Notruf Neumünster	40.000
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus		235.790
Rendsburg- Eckernförde	Frauenberatungsstelle	Eckernförde	75.000
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus		258.450
Nordfriesland	Frauenberatungsstelle	Husum	50.000
	KIK	KIK	14.000
Dithmarschen	Frauenberatungsstelle	Marne	50.000
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus		256.350
Ostholstein	Frauenberatungsstelle	Eutin	55.000
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus		185.920
Plön	Frauenberatungsstelle	Notruf Pln	30.000
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus		180.180
Segeberg	Frauenberatungsstelle	Bad Segeberg	25.000
	Frauenberatungsstelle	Norderstedt/	50.000

		Kiki	
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus Norderstedt		302.940
Steinburg	Frauenberatungsstelle	Steinburg	10.000
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus		228.260
Stormarn	Frauenberatungsstelle	Ahrensburg	0
	Frauenberatungsstelle	Bad Oldesloe	55.000
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus	Ahrensburg	168.520
Herzogtum Lauenburg	Frauenberatungsstelle	Schwarzenbek	50.000
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus		153.420
Pinneberg	Frauenberatungsstelle	Pinneberg	37.500
	Frauenberatungsstelle	Elmshorn	37.500
	KIK	KIK	14.000
	Frauenhaus	Pinneberg	180.180
	Frauenhaus	Elmshorn	354.600
	Frauenhaus	Wedel	0
Landesweite Angebote		Landesverband	28.000
		contra	46.000
		donna klara Lesbenarbeit	0
		Lübeck Mixed Pickles	17.000
		Helpline	59.500
	Gesamtsumme für alle Angebote		

2. und 3.:

geplante Förderung der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und KIK 2013

Kreisfreie Stadt/ Kreis	Insti- tution		geplante Zuwendungs- summen ab 2013	Verwendung aufgestockter Mittel:
FB= Frauenberatungsstelle FH= Frauenhaus KIK= Kooperations- und Interventionskonzept				
Kiel	FB	Kiel donna klara	48.600	16.600
	FB	Kiel Mettenhof	48.600	16.600

	FB	Kiel Notruf	48.600	15.600
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Kiel	327.370	-
Lübeck	FB	Lübeck ARANAT	48.600	16.600
	FB	Lübeck BIFF	48.600	16.600
	FB	Lübeck Notruf	48.600	15.600
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Frauenhaus AWO Modellprojekt	200.000	200.000
	FH	Frauenhaus autonom	480.510	-
Flensburg	FB	Notruf Flensburg	50.000	10.000
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Flensburg	278.030	-
Schleswig- Flensburg	FB	Schleswig	50.000	-
	FB	Kappeln		-
	KIK	KIK	14.000	-
Neumünster	FB	Neumünster	50.000	10.000
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Neumünster	235.790	-
RD-Eckernförde	FB	Eckernförde	75.000	-
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Rendsburg	258.450	-
Nordfriesland	FB	Husum	50.000	-
	KIK	KIK	14.000	-
Dithmarschen	FB	Marne	50.000	-
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Heide	256.350	-
Ostholstein	FB	Eutin	55.000	-
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Lensahn	185.920	-
Plön	FB	Notruf Plön	30.000	-
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Preetz	180.180	-
Segeberg	FB	Bad Segeberg	28.333	3.333
	FB	Norderstedt/	56.667	6.667

		Kaki		
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Norderstedt	302.940	-
Steinburg	FB	Itzehoe	50.000	40.000
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Itzehoe	228.260	-
Stormarn	FB	Ahrensburg	0	-
	FB	Bad Oldesloe	55.000	-
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Ahrensburg	168.520	-
Herzogtum Lauenburg	FB	Schwarzenbek	50.000	-
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Schwarzenbek	153.420	-
Pinneberg	FB	Pinneberg	37.500	-
	FB	Elmshorn	37.500	-
	KIK	KIK	14.000	-
	FH	Pinneberg	180.180	-
	FH	Elmshorn	354.600	-
	FH	Wedel Modellprojekt	180.000	180.000
weitere Förderungen		Landesverband	28.000	-
		Erstaustattung für die Modellprojekte der Frauenhäuser in Lübeck und Wedel	38.880	38.880
		contra	52.000	6.000
		Lübeck Mixed Pickles	17.000	-
		Helpline*	20.000	- -minus 39.480
Gesamtsumme für alle Angebote			5.353.000	553.000

* die helpline geht im Laufe des Jahres 2013 in die Bundeshelpline über,
so dass 2013 nur noch 20.000 € eingeplant werden müssen

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	31
Kapitel:	05
Titel:	631 01
Zweckbestimmung:	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten an den Bund

Ansatz Ist 2011:	338 T€
Ansatz Soll 2012:	194,5 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1000 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der starke Anstieg zu begründen?

Antwort der Landesregierung:

Der starke Anstieg ist zu begründen mit dem Gesetz zu dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag vom 15. Juli 2010.

Danach ist in § 4.1 zu Absatz 1 geregelt: „Mit der Zahlung einer einmaligen Abfindung ist die Beteiligung des abgebenden Dienstherren an den späteren Versorgungskosten abgeschlossen.

Damit wird das bisherige System der laufenden Beteiligung des abgebenden Dienstherren nach § 107 b BeamtVG abgelöst.

Ausgabe 2011 337.973,64 €
Ausgabe 2012 (Stand 16.11.2012) 668.160,53 €

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	50
Kapitel:	11
Titel:	719 01
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur energetischen Sanierung landeseigener Liegenschaften im Rahmen des Programms PROFI

Ansatz Ist 2011:	0 T€
Ansatz Soll 2012:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	35000 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Maßnahmen/Projekte sollen aus dem Programm finanziert werden?

Antwort der Landesregierung:

Die bisher vorliegende Programmaufstellung sieht in 3 Prioritätengruppen Maßnahmen vor:

1. „Zentrales Grundvermögen für Behördenunterbringung“ (ZGB)
2. Justizvollzugsanstalten
3. Hochschulen

Diese Maßnahmen werden derzeit von der GMSH nach Effizienz kategorisiert.

Parallel wird eine Ressortabfrage durchgeführt, die die Möglichkeit eröffnet weitere potentielle Vorhaben zu benennen.

Grundsätzlich soll in den Landesliegenschaften gefördert werden:

- Optimierungen in der Technischen Gebäudeausrüstung,
- Maßnahmen im Hochbau und Tiefbau und
- Vorhaben zur dezentralen und regenerativen Energieversorgung

Die Mittelverwendung ist im Regelfall auf Maßnahmen an Gebäuden zu beschränken, deren Erstellung bzw. letzte umfassende Sanierung vor dem Jahr 1995 liegt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	50
Kapitel:	11
Titel:	883 01
Zweckbestimmung:	Zuweisungen für Investitionen an den öffentlichen Bereich zur Umsetzung des Programms PROFI

Ansatz Ist 2011:	0 T€
Ansatz Soll 2012:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	15000 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Maßnahmen/Projekte bzw. welche Investitionen sollen aus dem Programm finanziert werden?

Antwort der Landesregierung:

Für diesen Teil des Programms „PROFI“ werden die Fachressorts aufgefordert, Maßnahmen zu entwickeln. Es soll sich um investive Maßnahmen handeln, die einen direkten und substantiellen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten können; sie sollen nachweislich, belastbar und dauerhaft zu Effizienzeinsparungen bei der Leistungserbringung der Landesverwaltung oder zur Verringerung von Zuschüssen führen.

Mit Blick auf die erforderliche Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers zu dem im Entwurf vorliegenden Haushaltsplan wird die Landesregierung die nähere Ausgestaltung dieses Programmteils in den nächsten Wochen vorbereiten.

Eine Aufschlüsselung konkreter Maßnahmen/Projekte ist erst nach Abschluss des Auswahlprozesses der Maßnahmen möglich.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	32
Kapitel:	09
Titel:	711 06
Zweckbestimmung:	Erneuerung der sicherheitstechnischen Systeme der Vollzugsanstalten

Ansatz Ist 2011:	119,5 T€
Ansatz Soll 2012:	200 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	400 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Maßnahmen sind für das Jahr 2013 und 2014 geplant?
2. Wie hoch ist hier der Bedarf in den jeweiligen Vollzugsanstalten?
3. Welche Maßnahmen wurden in den jeweiligen Vollzugsanstalten im Jahr 2012 durchgeführt bzw. begonnen?

Antwort der Landesregierung:

1. Für 2013 sind die nachstehenden Maßnahmen a – d vorgesehen. Die in 2014 vorzunehmenden Maßnahmen werden in Kürze mit den Anstalten und GMSH abgestimmt.
 - a. Erweiterung der Brandmeldeanlage der JVA Neumünster für 90 T€
 - b. Austausch der Metallrahmensonden in der JVA Neumünster für 40 T€
 - c. Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage im Haus D der JVA Lübeck für 260 T€
 - d. Sukzessives Erneuern des Schließsystems für die Durchgangstüren in der JVA Lübeck für 10 T€
2. Der Bedarf in 2013 teilt sich wie folgt auf: JVA NMS 130 T €, JVA Lübeck 270 T €
3. 2012 standen zur Durchführung von Maßnahmen im Haushalt 200 T€ zur Verfügung. Diese Mittel wurden zur Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage im Haus G der JVA Lübeck eingesetzt, welche abgängig war.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	35
Kapitel:	09
Titel:	724 81
Zweckbestimmung:	JVA Lübeck - Herrichtung Haus B

Ansatz Ist 2011:	0 T€
Ansatz Soll 2012:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	100 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie viele Plätze für Strafgefangene mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung werden eingerichtet?

Antwort der Landesregierung:

In der JVA Lübeck sind 15 Strafgefangene mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung untergebracht. Es ist vorgesehen, im Haus B etwa 20 Haftplätze für diese Gefangenengruppe einzurichten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	32
Kapitel:	09
Titel:	519 03
Zweckbestimmung:	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Justizvollzugsanstalten

Ansatz Ist 2011:	685,7 T€
Ansatz Soll 2012:	637,2 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1000 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist der Anteil der JVA Flensburg?
2. Sind für die JVA Flensburg Baumaßnahmen vorgesehen? Wenn ja, welche?
3. Warum ist für die JVA Flensburg keine Titelgruppe eingerichtet worden?

Antwort der Landesregierung:

1. Aus diesem Titel erhält die JVA Flensburg 15 T€ zur eigenen Bewirtschaftung (sog. Kleiner Baufond). Des Weiteren wird die GMSH in 2013 Bauunterhaltungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 40 T€ umsetzen, welche aus den mit der Anstalt durchgeführten Baubegehungen resultieren.
2. Für die JVA Flensburg sind in 2013 keine Großen Baumaßnahmen vorgesehen.
3. Da keine Große Baumaßnahme in 2013 umgesetzt werden soll, wurde auch keine Titelgruppe eingerichtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	40
Kapitel:	10
Titel:	712 02
Zweckbestimmung:	Erneuerung des EDV-Hausnetzes im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

Ansatz Ist 2011:	0 T€
Ansatz Soll 2012:	307 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	300 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Ist die Maßnahme 2012 durchgeführt worden? Wird die Maßnahme 2013 erneut durchgeführt, fortgesetzt oder nachgeholt?
2. Wie kommt es zu dem geringeren Ansatz gegenüber dem Ansatz 2012?

Antwort der Landesregierung:

1. Es handelt sich um die Durchführung einer zweijährigen Maßnahme die in 2012 (Schwerpunkt) begonnen wurde. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 607 T€.
2. In 2013 ist die Abschlussrate veranschlagt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	52
Kapitel:	12
Titel:	TG 74
Zweckbestimmung:	Universität zu Lübeck

Ansatz Ist 2011:	-
Ansatz Soll 2012:	-
Ansatz Soll HHE 2013:	-

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist der Anteil der Förderung gem. Art. 91b GG für den Neubau des Centre of Brain, Behaviour and Metabolism?

Antwort der Landesregierung:

Der Bundesanteil beträgt 50 % der genehmigten Gesamtkosten = 19.122.500 Euro.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	65
Kapitel:	20
Titel:	533 22
Zweckbestimmung:	Regiekosten der GMSH für Steuerung Energiemanagement und Bewirtschaftungsleistungen

Ansatz Ist 2011:	0 T€
Ansatz Soll 2012:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	6800 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie setzen sich die Regiekosten zusammen?
2. Wie sind die Kostenanteile auf die Bereiche aufgeteilt?

Antwort der Landesregierung:

1.
Die Regiekosten setzen sich in der Bewirtschaftungskalkulation der GMSH aus den einzelnen im Leistungskatalog der GMSH hinterlegten Kostengruppen zusammen. Die Regiekosten sind Personalkosten, die von Eigen- und Fremdpersonal geleistet werden.
2.

K1 Allgemeine Hausmeister-, Hausarbeiter- und Haushandwerkerarbeiten	480 T€
K2 Reinigungsdienste	2090 T€
K3 Objektsicherung	30 T€
K4 Pflege der Außenanlagen	860 T€
K6 Ver- und Entsorgung	540 T€
K7 Betriebsführung von technischen Anlagen, Wartung, Inspektion und Kleinreparaturen	2700 T€
K8 Bewirtschaftungsnahe Regieleistungen	100 T€

Die Aufteilung ist der Kalkulation der GMSH entnommen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	68
Kapitel:	21
Titel:	517 91
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftung der Liegenschaften des zentralen Grundvermögens zur Behördenunterbringung

Ansatz Ist 2011:	1205,6 T€
Ansatz Soll 2012:	2836 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1836 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist die bewirtschaftete, bebaute Nutzfläche in qm?
2. Sind in den Ausgaben Strom- und Gaskosten enthalten? Wenn ja, in welcher Höhe?
3. Wie erklärt sich der geringere Ansatz gegenüber dem Vorjahr?

Antwort der Landesregierung:

1.
Die von der GMSH bewirtschaftete Nutzfläche beträgt 1,13 Mio. qm
2.
Im Kap. 1221 sind nur die aus Eigentümerpflichten entstehenden Bewirtschaftungskosten veranschlagt. Die für die oben genannte Fläche benötigten HHM werden im Kap. 1220-51791 veranschlagt.
Für den Bereich Energie Kostengruppe K 6 werden Mittel in Höhe von 18550 T€ kalkuliert (z.B. Strom, Gas, Wärme u. Heizöl).
3.
Der geringere Ansatz erklärt sich durch die für 2011/12 aus dem Geschäftsbericht der LVSH übernommene Summe. Es werden nunmehr die Ist-Kosten veranschlagt, die der GMSH im Rahmen der Organleihe zu erstatten sind.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	68
Kapitel:	21
Titel:	711 01
Zweckbestimmung:	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ansatz Ist 2011:	0 T€
Ansatz Soll 2012:	21,2 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	3321,2 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt es zu dem starken Anstieg des Ansatzes für das Jahr 2013?
Welche Maßnahmen sind geplant?

Antwort der Landesregierung:

Die HHM waren bisher in den Kap. 1201 bis 1210 für die ZGB-Liegenschaften veranschlagt. Mit der Aufstellung des Haushaltes wurden diese in das Kap. 1221 übertragen. Hierbei handelt es sich um kleine Baumaßnahmen gem. Abschnitt D HBBau bis zu einer Höhe von 500 T€ pro Einzelmaßnahme.

Die Maßnahmen werden im Jahresbauprogramm GMSH dargestellt.

Die Prioritätensetzungen der Bauvorhaben in den Bauprogrammen befinden sich noch in der Ressortabstimmung. Den Ressorts wurde hierzu nach der jeweils genutzten Fläche ein Budget eingeräumt.

Die Jahresbauprogramme könnten nach Abstimmung dem Finanzausschuss zugeleitet werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	68
Kapitel:	21
Titel:	712 01
Zweckbestimmung:	Errichtung und Modernisierung von Gebäuden

Ansatz Ist 2011:	3649,9 T€
Ansatz Soll 2012:	3075,8 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	5758,9 T€

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none">1. Welche neue Bauvorhaben sind für das Jahr 2013 genau geplant?2. Wie hoch sind die Ansätze hierfür für das Jahr 2013?3. Wie hoch sind die Gesamtbaukosten?
--

Antwort der Landesregierung:

Folgende neue Bauvorhaben mit Baubeginn 2013 sind geplant:		
Bauvorhaben, Baubeginn 2013	Ansatz 2013 (in T€)	Gesamtkosten (T€)
Neubeginn Neubau PAR Scharbeutz	1.700,0	4.276,0
Neubeginn Fassadensanierung AG Pinneberg	500,0	1.150,0
Neubeginn Um- und Neubauten Landeslabor Neumünster	900,0	7.200,0
Daneben bestimmen laufende Vorhaben den Absatz.		

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	69
Kapitel:	21
Titel:	712 02
Zweckbestimmung:	Brandschutzmaßnahmen in Liegenschaften des zentralen Grundvermögens zur Behördenunterbringung?

Ansatz Ist 2011:	3595,9 T€
Ansatz Soll 2012:	4049 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	5049 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie ist der Anstieg für das Jahr 2013 zu erklären?
2. Um was für Maßnahmen handelt es sich?
3. Sind dies Daueraufgaben bzw. sich jährlich wiederholende Aufgaben?

Antwort der Landesregierung:

1.
Die Liegenschaften wurden 2011 von der LVSH übernommen. Diese hatte für sämtliche Liegenschaften Brandschutzgutachten in Auftrag gegeben. Diese Gutachten laufen auf und müssen nach Dringlichkeit abgearbeitet werden.
2.
Hierbei handelt es sich um Brandschutzmaßnahmen in den Liegenschaften wie z. B. Brandschutztüren, Ertüchtigung von Wänden und Decken und Erstellung eines zweiten Fluchtweges.
3.
Derzeit sind noch etwa 50 Brandschutzgutachten in der Planung. In den nächsten Jahren ist mit einem stetigen Rückgang der Kosten zu rechnen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	7
Kapitel:	02
Titel:	124 02
Zweckbestimmung:	Erstattung von Telefongebühren

Ansatz Ist 2011:	62,6 T€
Ansatz Soll 2012:	365 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der Wegfall dieser Einnahme?

Antwort der Landesregierung:

Mit Einführung der Telefongebührenfltrate zum 01.04.2011 entfiel die Erstattung der privaten Telefongebühren durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Schleswig-Holstein. Entsprechend der Haushaltssystematik kann der Titel mit dem Haushalt 2014 gelöscht werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	7
Kapitel:	02
Titel:	261 02
Zweckbestimmung:	Erstattung von Stromgebühren durch die Telekom

Ansatz Ist 2011:	0 T€
Ansatz Soll 2012:	265 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der Wegfall dieser Einnahme?

Antwort der Landesregierung:

Durch eine neue und für das Land Schleswig-Holstein vorteilhafte Vertragsgestaltung im Jahre 2009 mit der TELEKOM entfiel die Erstattung der Stromgebühren für die gemieteten Telefonsysteme durch die TELEKOM. Entsprechend der Haushaltssystematik kann der Titel mit dem Haushalt 2014 gelöscht werden.